

österreich

Österreicher gegen EU-Vertiefung

Die Österreicher sind sehr skeptisch gegenüber einer Vertiefung der Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union eingestellt. Nur mehr 34 Prozent wollen laut neuer Umfrage der „Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik“ (ÖGfE) mehr Kooperation in der EU. Ende 2012 befürwortete dies noch fast die Hälfte der Befragten. Dafür ist die Zahl jener Österreicher, welche das Ausmaß der Zusammenarbeit als „gerade richtig“ empfinden, gestiegen. Weniger Kooperation will, wie schon im Jahr 2012, konstant etwa ein Fünftel der Österreicher.

Die EU empfinden 63 Prozent der Österreicher aktuell als „schwach“, das sind um sechs Prozentpunkte mehr als 2014. Nur 37 Prozent der Befragten sehen die Europäische Union als „stark“ an. Dafür stieg die Zahl jener, die die EU als „sicher“ empfinden, im selben Zeitraum von 47 auf 58 Prozent. Bei der von der „Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft“ durchgeführten Umfrage zum 25. Jahrestag des EU-Beitritts Österreichs stellten sich die Österreicher auch als skeptisch gegenüber neuen EU-Mitgliedern heraus. 52 Prozent halten die Aufnahme der Länder des Westbalkans für nicht wichtig. OL

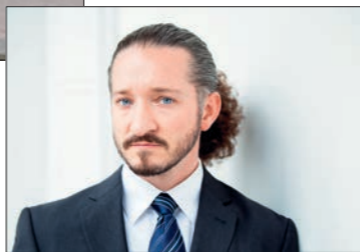


POLIZEIEINSATZ, AUGUST 2019
Stören verboten,
Filmen erlaubt

LOB DER BESCHWERDE

Der Wiener Rechtsanwalt Clemens Lahner führte schon viele Maßnahmenbeschwerden gegen die Polizei. Mal ging es um eine unerlaubte Ausweiskontrolle, mal um eine Wegweisung oder eine Festnahme, die nicht rechtens erschien. Vor dem Verwaltungsgericht wiederholen sich mitunter die immer gleichen Dialoge, so Lahner: Die Polizei argumentiere, die Amtshandlung sei in Wahrheit völlig anders abgelaufen. Oder – Variante zwei – sie hätte dem Gesetz genügt. Überraschungen kommen immer wieder vor. Vor etwa einem halben Jahr saß profil-Redakteurin Edith Meinhart in einem Gastgarten im 2. Wiener Gemeindebezirk, als sich auf der gegenüberliegenden Straßenseite eine Amtshandlung entspann. Neun Polizistinnen und Polizisten umringten einen Schwarzen. Meinhart filmte mit ihrem Handy von der gegenüberliegenden Straßenseite aus die Szene ein paar Minuten lang mit – und musste sich danach ausweisen. profil berichtete darüber am 11. August 2019; Lahner reichte eine Maßnahmenbeschwerde ein. Es war ein Allerweltsfall, nichts Aufregendes war passiert, gerade deshalb eignete er sich als Lehrstück. Die Judikatur ist inzwischen eindeutig: Es ist ver-

boten, die Polizei bei der Arbeit zu stören, Amtshandlungen zu filmen, ist jedoch erlaubt – und per se noch kein Grund für eine Identitätsfeststellung. Die Landespolizeidirektion sah das – zur Verblüffung des Anwalts – in diesem Fall auf Anhieb genauso. Man habe, so Lahner, „bei der ersten Gelegenheit zugegeben, dass die Identitätsfeststellung stattgefunden hat, obwohl dafür kein Grund vorlag, und sich dadurch wesentlich höhere Verfahrenskosten erspart“. Der Wiener Rechtsanwalt ist inzwischen so etwas wie ein bekennender Fan der Maßnahmenbeschwerde, weil – anders als bei einem Strafverfahren – am Ende niemand verurteilt wird, niemand sein Gesicht oder gar seinen Job einbüßt. Im günstigsten Fall stößt sie sogar einen Lernprozess an. „Wenn das Verwaltungsgericht der Exekutive immer wieder auf die Finger klopft, führt das irgendwann dazu, dass sich etwas ändert“, glaubt Lahner. Dass die Wiener Polizei heute „wesentlich besser als vor 30 Jahren“ arbeite, liege auch daran, „dass sich Menschen über Ungerechtigkeiten beschwert haben“. Und dass sie – wie im Fall der profil-Redakteurin – auch Recht bekommen haben.



ANWALT LAHNER
„Polizei ist heute
wesentlich besser als
vor 30 Jahren.“

Schweigsames BMF

Im Finanzministerium (BMF) wurde auch über die Feiertage fleißig gearbeitet. Am 30. Dezember – noch unter Führung des Expertenministers Eduard Müller – übermittelte das BMF die schriftliche Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage, die der NEOS-Abgeordnete Gerald Loacker Ende November eingebracht hatte. Darin hatte der Mandatar Auskunft über die streng gehüteten Details der Gehaltsregelungen für freigestellte Personalvertreter bei Post AG und Telekom Austria verlangt. Anlass für Lockers Anfrage war eine Artikel-Serie von profil über die Gagen von SPÖ-Betriebsräten, die bis zu 140.000 Euro jährlich betragen und mutmaßlich rechtswidrig sind, da sie die Personalvertreter gegenüber Normalbeschäftigten begünstigen. Die üppigen Gehälter könnten auch die Vorstände von Post und Telekom in die Bredouille bringen. Gestehen Topmanager Personalvertretern wissentlich überhöhte Gagen zu, machen sie sich unter Umständen der Untreue gegenüber ihrem Unternehmen schuldig. Die Antwort des BMF auf die 24 Detailfragen der NEOS fiel denkbar knapp aus. Die Anfrage würde „keine in die Zuständigkeit des BMF fallenden Gegenstände der Vollziehung“ betreffen, da die Anteile des Bundes an Post und Telekom formal im Eigentum der Österreichischen Beteiligungs AG (ÖBAG) stehen. Eine Rechtsmeinung, die man nicht unbedingt teilen muss: Denn viele der bei Post und Telekom Beschäftigten sind nach wie vor Beamte, die wohl der Zuständigkeit des Bundes zugerechnet werden können. „Da hätte das Ministerium eine Antwort geben müssen“, meint NEOS-Abgeordneter Loacker. Und weiter: „Das Bemühen der Ministerien um anständige Antworten hat in meiner sechsjährigen Zeit als Abgeordneter sichtlich nachgelassen. Es war in der provisorischen Regierung nicht besser als davor.“ GB



GERALD LOCKER
Beantwortung einer NEOS-Anfrage fiel dürftig aus

Rainer Nikowitz Teamspieler

Zwei Wochen vor der Burgenland-Wahl befindet sich Hans Peter Doskozil im Intensiv-Wahlkampf gegen seinen härtesten Gegner: die eigene Partei.

profil: Herr Landeshauptmann, in jüngsten Interviews kritisieren Sie wieder einmal Ihre eigene Bundespartei. Sie sei „schwach“.

Doskozil: Kommt sie Ihnen stark vor?

profil: Nein, aber ich bin auch kein roter Spitzenpolitiker.

Doskozil: Ich auch nicht mehr lang, wenn die Leute den Verdacht haben sollten, dass ich zum Team Rendi gehöre.

profil: Aber dabei haben Sie sich doch vor noch gar nicht so langer Zeit gegen Rendis Demontage ausgesprochen. Wollen Sie jetzt doch lieber selber übernehmen?

Doskozil: Kann ich offen sprechen?

profil: Machen Sie denn sonst aus Ihrem Herzen eine Mördergrube?

Doskozil: Jetzt sind's wieder fünf Jahre bis zur nächsten Nationalratswahl. Also ist die Pam für die nächsten drei, vier Jahre oder so die Idealbesetzung – weil jetzt isses auch schon wurscht. Außerdem hab ich dann immer wen, an dem ich mich abputzen kann.

profil: Und dann hätten Sie auch ausreichend lang den Landeshauptmann gegeben und könnten übernehmen.

Doskozil: Ach, mir geht es doch dabei nicht um mich!

profil: Es geschehen noch Zeichen und Wunder!

Doskozil: Wobei, eines ist klar: Wenn ich jetzt schon Chef der Bundespartei wäre, dann hätten nicht die Grünen die Blauen in der Regierung ersetzt. Sondern wir.

profil: Angesichts mancher Wortmeldungen von Ihnen wäre das dann also quasi Schwarz-Blau II geworden.

Doskozil: Was der Kurz kann, kann ich auch.

profil: Und was sollte Rendi-Wagner Ihrer Meinung nach jetzt tun?

Doskozil: Blöde Frage. Nix!